

☐ Beschlussvorlage
 ☒ Berichtsvorlage
 ☒ öffentliche Sitzung
 ☐ nicht-öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

☒ Fachausschuss	Wirtschafts-, Bau- und Vergabeausschuss	10.03.2003
☐ Fachausschuss		
☒ Kreisausschuss		25.03.2003
☐ Kreistag		

Inhalt:

Jahresbericht 2002 des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung – ein halbes Jahr „Haus der Wirtschaft“ im Landkreis Uckermark

Wenn Kosten entstehen:

Kosten	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr	☐ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:			

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zum Jahresbericht des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung zur Kenntnis.

zuständiges Amt:

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Herr Tramp

Klemens Schmitz

Amtsleiter

Dezernent

Landrat

abgestimmt mit:

Amt	Name	Unterschrift
-----	------	--------------

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				

Begründung der Vorlage:

Anlässlich der Sitzung des Kreisausschusses vom 28.01.2003 ist der Wunsch geäußert worden, sich zur Arbeitsweise und zum Arbeitsinhalt des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung bzw. zum „Haus der Wirtschaft“ informieren zu lassen. Es erging der Auftrag diesbezüglich eine Berichtsvorlage zum nächsten Kreisausschuss vorzulegen.

Der Jahreswechsel 2002/2003 bot Anlass und Gelegenheit Rechenschaft zu legen und zu hinterfragen:

- Wie haben sich die geänderten Strukturen der Wirtschaftsförderung neu aufgestellt?
- Was ist an Impulsen nach einem halben Jahr vom „Haus der Wirtschaft“ ausgegangen?
- Wie hat sich das „Haus der Wirtschaft“ als Dienstleistungszentrum entwickelt und profiliert?
- Welche neuen Produkte und Angebote von Dienstleistungen sind in der Verwaltungseinheit installiert worden?

Zur Beantwortung der o. g. Sachverhalte verweise ich auf den in der Anlage beiliegenden Jahresbericht 2002.

Anlage

Jahresbericht 2002

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Inhaltsverzeichnis:

1. VORBEMERKUNGEN	3
2. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG – 80/1	5
2.1. Daten und Fakten	5
2.2. Schwerpunkte	8
3. ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR	11
3.1. Daten und Fakten	11
3.2. Schwerpunkte und Projekte 2002	14
3.3. Fazit und Ausblick	18
4. REGIONALMARKETING	19
5. INFRASTRUKTUR	21
5.1. Daten Fakten	21
5.2. Verkehrliche Infrastruktur	23
5.3. Technische Infrastruktur	25
5.4. Touristische Infrastruktur	26
6. KREISENTWICKLUNG UND INFOPOOL	30
6.1. Kreisentwicklung, Schwerpunkte und Projekte	30
6.2. Infopool	31
7. FAZIT	34
8. ANHANG	37

1. Vorbemerkungen

Ausgehend von der schwierigen Lage der Unternehmen im Landkreis Uckermark wurde bereits im Konjunkturbericht des II. Halbjahres 2001 die Frage gestellt, was getan werden kann, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Lösungsansätze wurden diskutiert und Potenziale analysiert.

Dabei war klar, dass das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis weder allein von den Unternehmen und ihren Interessenvertretungen noch durch die Kreisverwaltung und andere staatliche Stellen allein zu lösen ist. Nur durch ein abgestimmtes Handeln aller Betroffenen werden Erfolge möglich sein.

Mit Rückschau auf das Jahr 2002 aus Sicht unserer Verwaltungseinheit – Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung - wird deutlich, dass vieles sich neu ausgerichtet hat, sich Strukturen verändert haben, und dass bei gleichem Personalansatz neue Aufgabenfelder im Sinne wirtschaftsförderlicher Aktivitäten und Maßnahmen aufgenommen wurden.

Bevor einzelne Leistungsbereiche gesondert dargestellt werden, möchte ich eingangs jedoch schon ausführen, dass sicherlich noch nicht alles und in aller Gesamtheit umgesetzt werden konnte, jedoch vieles neu initiiert und mit Erfolg praktiziert werden konnte.

Grundlage für eine Neustrukturierung und Neuausrichtung der kreislichen Wirtschaftsförderung waren diesbezüglich insbesondere 3 Kreistagsbeschlüsse:

1. Der Beschluss zur neuen Verwaltungsgliederung, die mit Dienstantritt des Landrates initiiert wurde. Bezüglich unseres Amtes ist hier die Auflösung des ehemaligen Planungsamtes und die Aufteilung der Sachverhalte und Aufgaben sowohl zur Bauordnung als auch zum Amt für Wirtschaftsförderung von Relevanz. Ab 01.04. des vergangenen Jahres ist die Mitarbeiterzahl im Amt somit um 5 Mitarbeiter gestiegen.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 24.04.02, kreisliche Strukturen der Wirtschaftsförderung am Standort Prenzlau in einem „Haus der Wirtschaft“ zu konzentrieren und
3. Der Beschluss vom 03.07.02 bezüglich der Neuausrichtung des Netzwerkes Wirtschaftsförderung in der Verwaltung und Region inklusive der Auflösung der Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH.

Alle diese v. g. Beschlüsse und Handlungserfordernisse basierten auf Bedürfnissen unserer Zielgruppe (Unternehmer, Investoren, Kommunen) und wurden an diesen ausgerichtet und angepasst.

Nach einem halben Jahr „Haus der Wirtschaft“ dürfen wir mit Recht vermerken, dass wir im Sinne von Verwaltungsmodernisierung hinsichtlich Dienstleistungscharakter und Dienstleistungsgedanken ein gutes Stück weiter voran gekommen sind.

Initiativen, Projekte und Maßnahmen wie zum Beispiel in den neuen Bereichen:

- Regionalmarketing
- Arbeitsmarktförderung
- Lotsendienst und
- Kreisentwicklung

zeigen positive und recht optimistische Ansätze für das Jahr 2003 und darüber hinaus.

Tramp
Amtsleiter

2. Wirtschaftsförderung – 80/1

2.1. Daten und Fakten

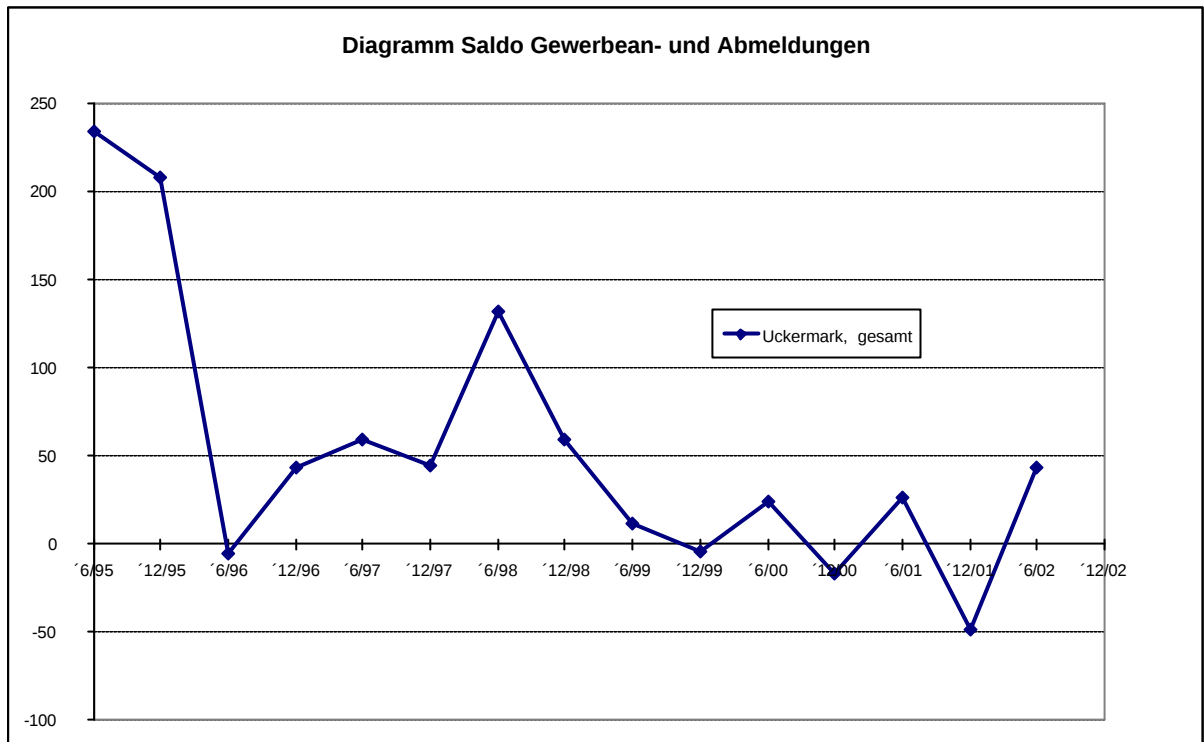
Betriebe und Unternehmen in der Uckermark

Wirtschaftszweig	Anzahl der IHK-Unternehmen	
	Stand: 31.12.01	Stand 31.12.02
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	216	216
Energie, Bergbau u. verarb. Gewerbe	304	293
Baugewerbe	213	229
Einzelhandel	1.331	1.298
Großhandel	179	180
Handelsvermittler	248	272
Hotel, Gaststätten	591	599
Verkehr, Nachrichten	222	224
Kredit- und Versicherungsgewerbe	474	460
sonstige Dienstleistungen	1.242	1.350
Mitgliedsunternehmen gesamt	5.020	5.121

Gewerbegruppen	Anzahl der Handwerksbetriebe	
	Stand: 31.12.01	Stand:31.12.02
Bau- und Ausbau	279	271
Elektro- und Metall	542	511
Holz	50	46
Bekleidung, Textil und Leder	23	23
Nahrungsmittel	50	49
Gesundheits- u. Körperpflege, chem. Reinigung	120	119
Glas-, Papier-, Keramische u. sonstige handwerksähnliche Betriebe	31	30
	249	249
Handwerksbetriebe gesamt	1.344	1298

Quelle: IHK, Handwerkskammer FF/O

Saldo Gewerbean- und –abmeldungen

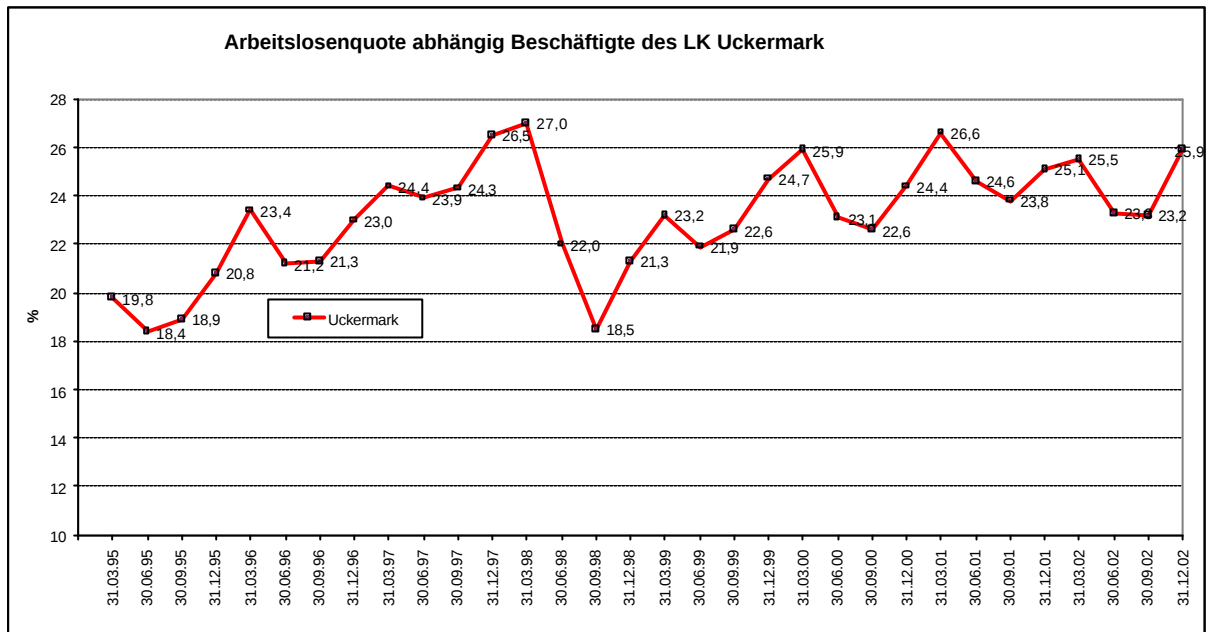


Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Gewerbeflächenbestand im Landkreis Uckermark

Gemeinde	Nettofläche ha	prozentuale Auslastung
Angermünde-Land:	0,00	0,00
Boitzenburger Land:	93,74	96,99
Brüssow:	3,40	0,00
Gartz (Oder):	18,20	81,32
Gerswalde:	12,50	44,00
Gramzow:	15,70	68,15
Uckerland:	0,00	0,00
Lychen:	11,05	95,66
Nordwestuckermark:	0,00	0,00
Oder-Welse:	135,40	33,60
Templin-Land:	0,00	0,00
Angermünde:	43,51	56,79
Prenzlau:	149,82	70,55
Schwedt/Oder:	1146,20	69,18
Templin:	74,10	86,23
Summe:	1703,62	68,40

Quelle: Eigene Ermittlungen



Quelle: Arbeitsamt Eberswalde

Behördliche Pflichten Aufgaben 2002

Stellungnahmen des Landkreises zu Anträgen auf Gewährung von Finanzierungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur:

Durchgeführte Verfahren:	2001	2002
Anzahl der Stellungnahmen	17	15
Auf Grund der Stellungnahmen ermöglichte Investitionssumme in Mio. EUR	438,4	103,0
- gesicherte Dauerarbeitsplätze	530	410
- geschaffene Dauerarbeitsplätze	771	222
- dar. Ausbildungsplätze	34	13

Stellungnahmen zu Anträgen auf Förderung von Projekten über INTERREG III auf der Grundlage des operationellen Programms der Euroregion Pomerania:

Anzahl der Stellungnahmen	6	2
- Investitionssumme in Mio EUR	4,5	2,7

Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben (FNP, B-Plan, AVP, Raumordungsverfahren u.a.):

Stellungnahmen zu investiven Vorhaben	138	270
---------------------------------------	-----	-----

Freiwillige Zusatzaufgaben 2002

Da die gesetzliche Grundlage zur vorrangigen Bearbeitung eines Grundbucheintragungsersuchens abgelaufen ist, wurde auf der Basis einer Vereinbarung des Landkreises mit dem Grundbuchamt dieses Instrument der Wirtschaftsförderung weiterhin mit nachstehendem Ergebnis angewendet:

Durchgeführte Verfahren:	2001	2002
bearbeitete Anträge	62	27
davon:		
- vorrangige Grundbucheintragung	53	22
- vorrangige Grundschuldeintragung	18	4
- vorrangige Bearbeitung im Katasteramt	27	20
Auf Grund dieser Bescheinigungen ermöglichte		
- Investitionssumme in Mio. EUR	75,0	490,5
- geschaffene Dauer-APL	141	255,5
- gesicherte Dauer-APL	571	23
- Schaffung neuen Wohnraums:		
Errichtung von Eigenheimen	67	25
Schaffung von Wohnungen/Einzelsräumen	143	32
Sanierung von Wohnraum	6	9

2.2. Schwerpunkte

• Konjunkturberichte

Die Beobachtung und Auswertung der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere im Landkreis Uckermark ist eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Ausgehend von den Konjunkturberichten der Handwerkskammer Frankfurt/Oder und Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Oder sowie Daten des Arbeitsamtes Eberswalde und Meinungsäußerungen der örtlichen Unternehmungsververtretungen wurden halbjährlich Konjunkturberichte für den Landkreis erarbeitet und in den Ausschüssen des Kreistages diskutiert. Unter Einbeziehung von Vertretern der Kammern konnten die Ergebnisse vorgestellt und bewertet werden. Insgesamt haben sich die wirtschaftlichen

Bedingungen noch nicht verbessert. Abwanderung der Bevölkerung und eine hohe Arbeitslosenzahl bestimmen nach wie vor das wirtschaftliche Bild in der Uckermark. Ausgehend von dieser Situation wurden den Berichten Anregungen für Lösungsansätze zur besseren Nutzung der Potenziale des Landkreises angefügt. Teilweise konnten Hinweise bereits umgesetzt werden, wie z. B. die Schaffung eines Hauses der Wirtschaft und der effiziente Einsatz der Investitionspauschale. Andere Punkte wie die Entwicklung eines Regionalmarketings für den Landkreis mit Formulierungen von Leitbild bzw. zu entwickelnden Kompetenzzentren befinden sich in der Umsetzung.

- Verzahnungsförderung und Regionalstelle für Frauen & Arbeitsmarkt

Entsprechend des Antrages der Kreisverwaltung beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen wurde für den Zeitraum vom 01.10.2001 bis zum 31.09.2002 das Projekt Verzahnungsförderung positiv beschieden. Diese Stelle war in der Wirtschaftsförderung Uckermark mbH angesiedelt und hatte die Aufgabe auf der Basis der Kreisentwicklungskonzeption mit Unterstützung der LASA die Mittel der Arbeitsförderung mit anderen Förderungen zu verzahnen, damit Vorhaben der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung umgesetzt werden können. Mit Verlängerung der Maßnahme und Umstrukturierung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wurde die fachliche Anbindung an das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung vollzogen.

Gleichermaßen wurde die Regionalstelle für Frauen und Arbeitsmarkt, die als Aufgabe die Entwicklung der regionalen Arbeitsmarktpolitik unter dem Aspekt des Gender-Mainstreaming und der Frauenförderung hat, enger an das Amt 80 angebunden.

Diese beiden Förderungen werden ab 01.01.2003 zusammengefasst. Der Förderantrag an die LASA wurde gestellt und positiv beschieden. Der Ländliche Arbeitsförderverein Prenzlau übernimmt die Trägerschaft für diese Stellen. Koordiniert wird die Zusammenarbeit zwischen LAFP und Kreisverwaltung durch das Amt 80.

- Regionalmesse Kontakt 2002

In der Zeit vom 05. - 07. April 2002 fand in Schwedt/Oder die traditionelle Regionalmesse Kontakt statt. Sie stand unter dem Motto: Haus, Garten und Freizeit. Nach der gelungenen Jubiläumsveranstaltung im Jahre 2001 fand die Kontakt 2002 als regionale Baumesse für die Landkreise Uckermark und Barnim erneut in den Uckermärkischen Bühnen Schwedt statt. Neben den Ubs stand zusätzlich ein großes Freigelände zur Verfügung.

125 Aussteller waren auf der Messe vertreten, dies sind gegenüber 2001 zwar 5 Teilnehmer weniger, angesichts der allgemeinen Wirtschaftssituation kann aber dennoch eingeschätzt werden, dass sich Akzeptanz und Ausstrahlung der Messe positiv stabilisiert haben. Die Besucherzahl von knapp 6.000 Personen entsprach etwa der des Vorjahres.

Insgesamt ist die Regionalmesse Kontakt 2002 als Erfolg zu werten. Sie wird auch im Jahr 2003 wieder stattfinden. Ihre Durchführung ist für den 04. bis 06. April 2003 vorgesehen, die Vorbereitungen dazu sind bereits angelaufen.

- Lotsendienst

Die Geschäftsverteilung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wurde im Laufe des Jahres 2002 nicht nur neu gegliedert, auch neue Aufgabenfelder wurden übernommen. Der Lotsendienst in der jetzt praktizierten Form ist neu, lief im 2. Halbjahr 2002 an und soll im weiteren einer ersten Auswertung unterzogen werden.

Bisher betreute Projekte: 33

Die 33 Projekte gliedern sich in

Förderproblematik	16	)	
Behördenmanagement innerhalb KV	7	)	wegen Doppel-
Behördenmanagement außerhalb KV	4	)	zählungen tritt
Ansiedlungsproblematik	3	)	Differenz auf
Existenzgründungen	3	)	
Sonstige	2	)	
davon abgeschlossene Projekte:	14		
davon mit pos. Ergebnis:	9		
die restlichen 4 Fälle gliedern sich in			
keine Fördermöglichkeiten	2		
Sonstige (z.B. kein Interesse an Zusammenarbeit)	3		

Wie aus der Übersicht hervorgeht beschäftigen sich etwa 50% der betreuten Fälle mit der **Fördermittelproblematik**. Wenn es dabei um Beratungsfragen geht wird die Hilfe der ZAB (Zukunftsagentur Brandenburg) in Anspruch genommen. Die Zusammenarbeit mit der ZAB ist gut. Fördermittelberatungen mit Hilfe der ZAB werden schnell und in hoher Qualität durchgeführt.

33% der Aufgaben liegen im Bereich des **Behördenmanagements**. Bezüglich der Koordination und Abstimmung zwischen und mit den verschiedensten Ämtern der Kreisverwaltung und anderen Behörden wie z. B. dem AFLE kann festgestellt werden, dass keine Probleme aufgetreten sind. Die Arbeit des Lotsen wurde akzeptiert und unterstützt. Die Ursachen für längere Bearbeitungszeiten lagen im Wesentlichen in mangelnden Antragsunterlagen begründet. Durch telefonische Kommunikation konnte schnelle Abhilfe organisiert werden.

Je 10% der betreuten Fälle betrafen Probleme zur Existenzgründung und Ansiedlungsanfragen. Bei **Existenzgründungen** wurde mit der IHK – hier speziell mit dem von ihr durchgeführten und für die Uckermark jeweils Mittwoch stattfindenden Lotsendienst - zusammengearbeitet. Die Konzentration der Einrichtungen im Haus der Wirtschaft erweist sich auch hier als sehr vorteilhaft. Zwei der drei Existenzgründungsfälle haben Aussicht auf Erfolg.

Bei **Ansiedlungersuchen** wird eine enge Zusammenarbeit mit der ZAB praktiziert. Oftmals werden Anfragen sehr allgemein und auch deutschlandweit gestellt. Die Erfolgsaussichten sind bisher minimal.

Insgesamt wird der Lotsendienst als hilfreiche Einrichtung eingeschätzt und von den Antragstellern oder Anfragenden gern in Anspruch genommen. Der veranschlagte Zeitaufwand für die Lösung der unterschiedlichsten Probleme erweist sich als zu gering angesetzt. Eine deutliche Aufstockung des Zeitlimits macht sich gegenwärtig erforderlich.

- Netzwerk Wirtschaftsförderung

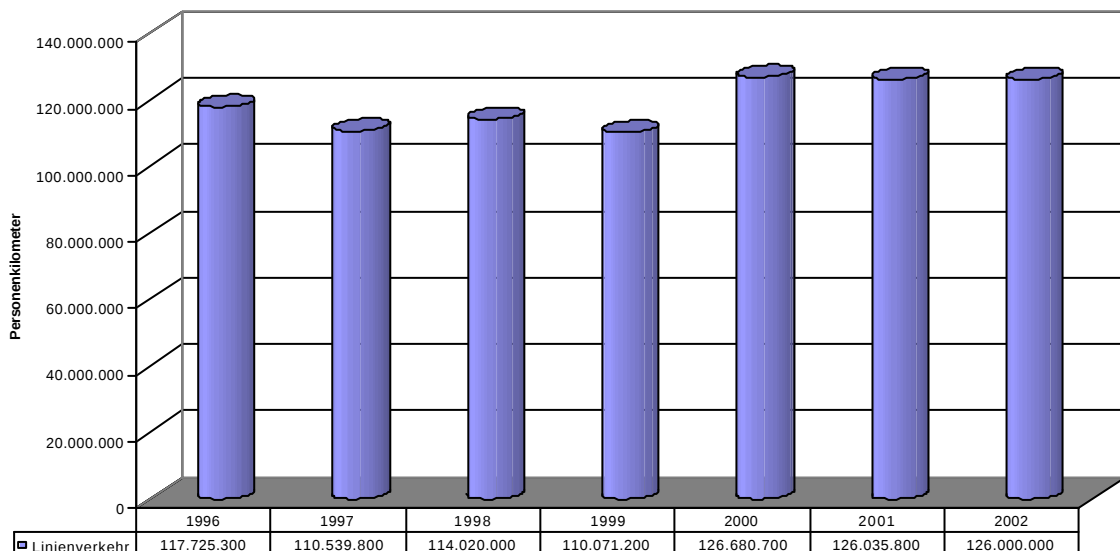
Das bestehende Wirtschaftsfördernetzwerk Uckermark, das die Wirtschaftsförderer der Städte, Gemeinden und Ämter mit denen des Landkreises, der Zukunftsagentur Brandenburg, der ILB und des Tourismusverbandes zusammenfasst, wurde weitergeführt. Diese gemeinsame Veranstaltung beschäftigte sich insbesondere mit der neuen Struktur des Amtes und Fragen der Ansiedlung.

3. Öffentlicher Personennahverkehr

3.1. Daten und Fakten

Der Landkreis Uckermark ist nach dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr und damit verantwortlich für die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung. Die Konzessionen für die Leistungen liegen bei der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH und der Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde. Die beiden Verkehrsunternehmen haben 265 Beschäftigte und 33 Auszubildende. In Spitzenlastzeiten kommen zeitgleich 149 Busse zum Einsatz. Zuzüglich sind im ÖPNV des Landkreises Uckermark noch 16 Subunternehmen mit bis zu 20 Bussen und zahlreichen Kleinfahrzeugen gebunden. Jährlich werden ca. 9,5 Mio. Personen im öffentlichen Busverkehr der Uckermark befördert. Auf Grund der hohen mittleren Reiseweiten im Flächenlandkreis Uckermark entspricht die nachgefragte Verkehrsleistung ca. 126 Mio. Personenkilometern. Damit hat sich die Nachfrage entgegen dem allgemeinen Trend im ländlichen Raum auf einem hohen Niveau stabilisiert.

Entwicklung der Nachfrage im ÖPNV



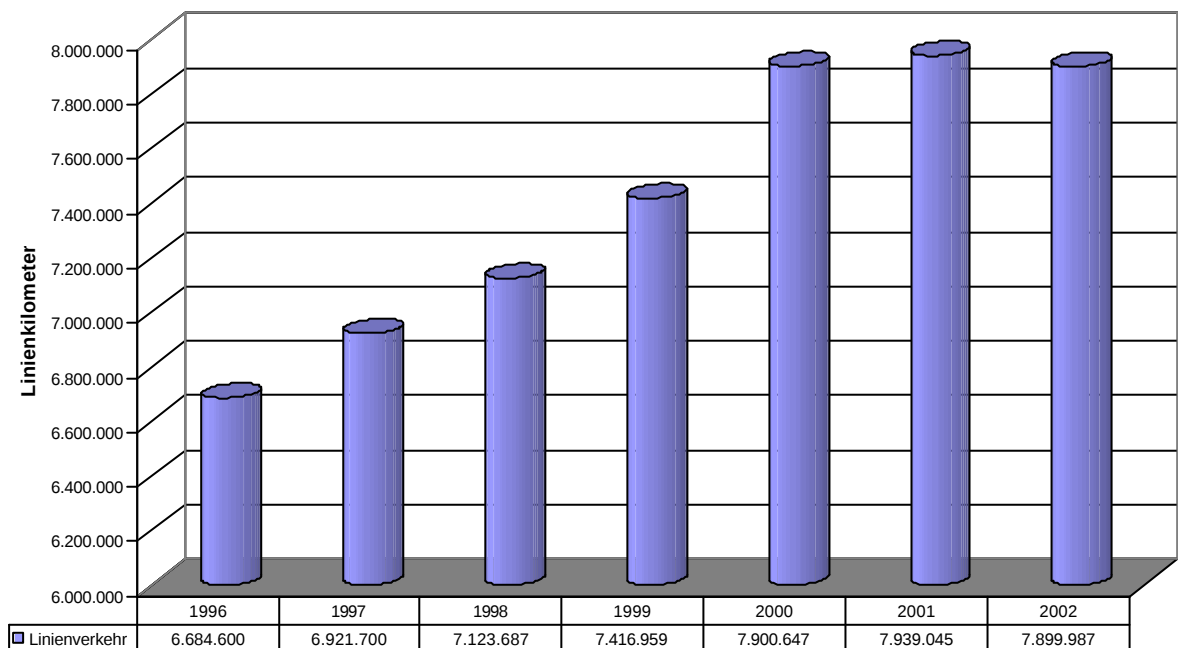
Quelle: Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH und Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde

Der nachgefragten Verkehrsleistung steht ein in der Summe konstantes Angebot der Verkehrsunternehmen gegenüber. Im regionalen Busverkehr wurde folgende Anzahl von Linien im Landkreis Uckermark betrieben:

Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH	36 Linien
PVG mbH Schwedt/Angermünde	23 Linien
insgesamt	60 Linien

Darüber hinaus wurden 17 Stadtverkehrslinien in den Städten Angermünde, Prenzlau, Schwedt/Oder und Templin bedient. Dies entspricht einem Angebot im Busverkehr von 7.899.987 Linienkilometern im Jahr 2002. Leistungssteigerungen waren im vergangenen Jahr nicht notwendig. Die erforderlichen Veränderungen durch die Schulstandortkonzentrationen konnten durch Optimierungen in der Umlaufgestaltung kompensiert werden.

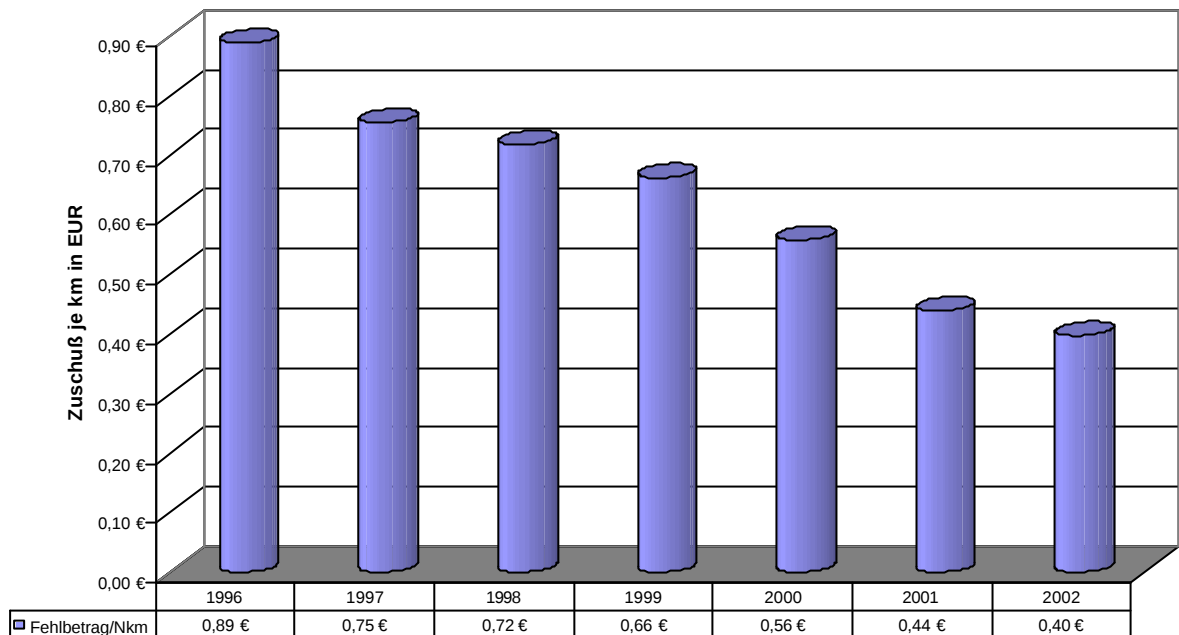
Entwicklung des Angebots im ÖPNV



Quelle: Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH und Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde

Die hohe Effizienz der Verkehrsunternehmen wird an dem weiter gesunkenen Zuschuss je Linienkilometer sehr deutlich.

Entwicklung des Zuschusses je Linienkilometer aus dem Haushalt des Landkreises

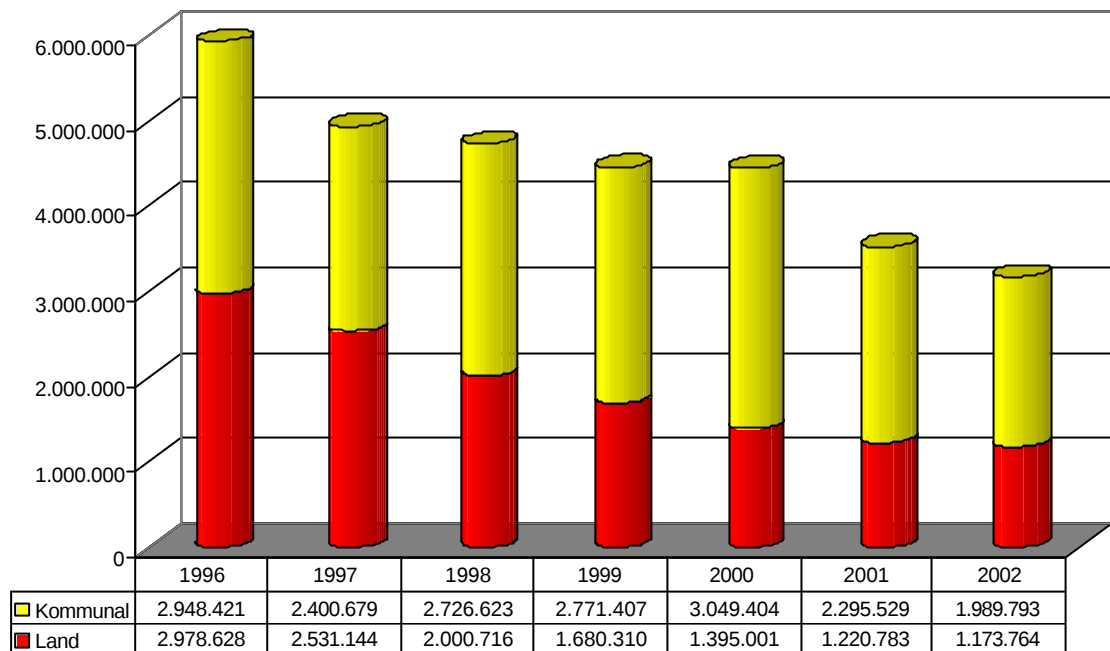


Quelle: Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH und Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde, Haushalt des Landkreises Uckermark

Es ist allerdings ebenso absehbar, dass die betriebstechnologischen Potenziale der Unternehmen ausgeschöpft und Leistungssteigerungen mit dem vorhandenen Personal nur noch marginal möglich sind. Bezüglich der Kosteneffizienz liegen die Unternehmen der Uckermark im bundesweiten Vergleich des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen schon heute im Spitzenbereich. Zukünftige Verbesserungen der Qualität und der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV lassen sich nur noch über innovative Ansätze erzielen.

Zur Finanzierung des übrigen ÖPNV erhielt der Landkreis für das Jahr 2002 vom Land Brandenburg 1.173.764 EUR an nichtinvestiver Förderung. Damit setzte sich erstmalig der massive Landesmittelrückgang nicht weiter fort und die Wirtschaftlichkeitsverbesserungen im ÖPNV kamen der kommunalen Seite zugute. Im Jahr 2002 betrug der kommunale Finanzierungsanteil 1.989.793 EUR. Er wurde zu ca. 1,88 Mio. EUR aus kreislichen Mitteln und ca. 0,11 Mio. EUR aus Vertragszahlungen der Städte Schwedt/Oder und Angermünde gespeist. Insgesamt ging somit die Finanzierung des ÖPNV, trotz identischer Leistungserbringung und anhaltend hohen Treibstoffkosten, deutlich zurück.

Entwicklung der Finanzierung im ÖPNV



Quelle: Haushaltspläne des Landkreises Uckermark

3.2. Schwerpunkte und Projekte 2002

- Vorbereitung auf den europäischen Wettbewerb

Maßgeblich für den gesamten Öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland sind seit mehreren Jahren die Entwicklungen im europäischen Wettbewerbsrecht. Mittlerweile kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass eine deutliche Öffnung der Märkte erfolgen wird. Unklar ist aber weiterhin die Tragweite und die zu erwartende Zeitleiste. Entgegen ersten Vorstellungen bietet der im Jahr 2002 überarbeitete Entwurf der neuen EU-Verordnung zur Wettbewerbsgestaltung den Aufgabenträgern einen angemessenen Gestaltungsspielraum. Allein die Aufgabenträger könnten danach über Qualität, Umfang und Finanzierungsform der Leistung bestimmen. Dem entgegen steht allerdings der Schlussantrag des Generalstaatsanwalts zu einem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes zur aktuellen Konzessionierungs- und Finanzierungspraxis im ÖPNV. Die Entscheidung ist im Jahr 2002 erneut vertagt worden. Mit einem Urteil kann nach heutigem Ermessen nicht vor dem 2. Quartal 2003 gerechnet werden. Abhängig vom Ausgang müssen ev. die Organisationsstrukturen im ÖPNV neu ausgerichtet werden.

In den Verkehrsunternehmen der Uckermark waren im Jahr 2002 alle Maßnahmen darauf ausgerichtet, zukünftig am Markt mit verbesserter Qualität zu geringeren Kosten bestehen zu können. Eine wesentliche Hürde der kommunalen Unternehmen konnte durch den Abschluss des Spartentarifvertrages ÖPNV Brandenburg genommen werden. Einvernehmlich mit den Gewerkschaften wurde eine sozialvertragliche Umstellung der Entlohnungsmodalitäten vereinbart, die den Arbeitnehmern keine unzumutbaren Lasten aufbürdet und den Unternehmen mittelfristig die Chance zum Bestehen am Markt bietet. Auf qualitativer Seite konnten 2002 weitere Zwischenerfolge erzielt werden. Sowohl die UVG als auch die PVG haben die Prüfungen zum

Qualitätsunternehmen nach der DIN ISO Norm 9001 bestanden. Zudem absolvierten fast alle Mitarbeiter außerhalb der Arbeitszeit die Ausbildung zur Fachkraft im Verkehrsservice. Im technischen Bereich konnte die Ausschreibung zum kreisübergreifenden Rechnergestützten Betriebsleitsystem abgeschlossen werden. Damit können erstmalig die Betriebsabläufe dynamisch gestaltet werden. Zudem ergeben sich bisher nicht mögliche Potenziale zum Einstieg in innovative Bedienformen (flächendeckender Anrufbusbetrieb). Ebenso kann der Kundenservice spürbar verbessert werden (Anschlusssicherheit, Informationsmöglichkeiten).

Die Finanzierungsaufwendungen für den ÖPNV konnten auch 2002 wieder gesenkt werden. Nachdem auf Drängen des Landkreises der Bonusfaktor „große kreisangehörige Stadt Schwedt“ erhalten blieb, waren die Landesmittel für den ÖPNV erstmalig nicht rückläufig. Die zusätzlich erzielten Einsparungen in Höhe von 500 TEUR trugen daher voll zur Entlastung des Kreishaushalts bei. Ebenso wurde auf Initiative der Uckermark die Finanzierung der Bahnersatzverkehre vom Land Brandenburg bis 2004 verlängert. Dadurch wird ein Finanzierungsloch für den Landkreis von jährlich 800 TEUR vermieden. Mittelfristig plant das Land Brandenburg die Finanzierung des ÖPNV zu pauschalisieren und Aufgaben von der Landesebene zum Kreis zu verlagern (Investitionsförderung, Lastenausgleich). Die Finanzierungssicherheit und vor allem der Gestaltungsspielraum für den Landkreis würde damit deutlich gestärkt werden. Gleichzeitig würde sich aber der personelle Aufwand erneut erhöhen.

Der Neufassung des Nahverkehrsplans für die zukünftige Gestaltung des ÖPNV konnte im Jahr 2002 nicht wie geplant erarbeitet werden. Der gesetzlich vorgeschriebene Plan gibt dem Aufgabenträger die Möglichkeit den Rahmen für die Gestaltung des ÖPNV unabhängig von der Wettbewerbsform festzulegen. Geregelt werden muss der Umfang, die Gestaltung, die Qualität, die Organisation und die Finanzierung des ÖPNV. Die mögliche Erstellung des Nahverkehrsplans durch einen Consulter (Kosten ca. 50-100 TEUR) ist auf Grund des erforderlichen Basiswissens für die Uckermark nicht sinnvoll. Die bereits begonnene Erarbeitung sollte vom Aufgabenträger mit Unterstützung der Verkehrsunternehmen und des VBB schnellstens fortgesetzt werden. Dafür müssen im Jahr 2003 personelle Kapazitäten in hohem Umfang gebunden werden.

- Verkehrsverbund Berlin/Brandenburg (VBB)

Die Arbeit des Verkehrsverbundes muss im Jahr 2003 differenziert betrachtet werden. Während auf Arbeitsebene eine konzentrierte und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Landkreis und VBB erfolgte, war hingegen die generelle strategische Ausrichtung des VBB höchst strittig. Insbesondere das Land Berlin wünscht grundsätzliche Änderungen in der Aufgabenwahrnehmung des VBB und kürzte dementsprechend massiv die Finanzierungsleistungen. Nur mit größter Mühe konnte zum Jahresende eine finanzielle Gefährdung der GmbH abgewendet werden. Der Diskussionsprozess zur Neugestaltung des VBB muss im 1.Quartal 2003 mit klaren Regelungen zu Aufgaben und Finanzierung beendet werden.

Nichtsdestotrotz konnten Landkreis/Verkehrsunternehmen in der Zusammenarbeit mit dem VBB zahlreiche Projekte initiieren. Bestimmend für die Uckermark war insbesondere das Forschungsprojekt Impuls 2005, aber auch die Marketingaktion Sternenwelle, die Einführung des RBL-Systems und nicht zuletzt die fortgesetzte Verknüpfung von Bus und Bahn.

Nach mehrjährigen Bemühungen wurde im Dezember 2002 mit Notarvertrag Südbrandenburg (ZÖLS) in den VBB aufgenommen. Dadurch gilt jetzt im kompletten Land ein einheitlicher Fahrscheintarif und Fahrplan. Die Fahrpreise im VBB konnten im Jahr 2002 konstant gehalten werden. Für das Jahr 2003 wird jedoch eine inflationsbedingte Anhebung in Höhe von ca. 3 % unabdingbar sein.

Die Bahnanbindung der Uckermark veränderte sich im Jahr 2002 nicht. Wermutstropfen war allerdings die Herausnahme der 6 Fernverkehrszüge nach Berlin aus dem VBB-Tarif und die damit verbundene Preiserhöhung um ca. 30 %. Dafür gab es im Jahr 2002 endlich den definitiven Planungsstartschuss zum Ausbau der Strecke Löwenberg-Templin-Eberswalde (Fertigstellung 2005).

- Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung "Impuls 2005"

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Januar 2000 die Forschungsinitiative "Personennahverkehr für die Region" ausgeschrieben. Von 57 Bewerbungen wurden zehn Projekte nominiert. Das Forschungsprojekt "Impuls 2005" des VBB qualifizierte sich als größtes Projekt Netzwerk Deutschlands und als einziges in den neuen Ländern. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines neuen Verkehrsangebotes im Personenverkehr fern aller Denkschranken und unter Nutzung der neuen Informationstechnologien. Das Projekt erstreckt sich über 5 Jahre von den ersten wissenschaftlichen Ansätzen bis zur praktischen Umsetzung. Der Landkreis Uckermark konnte sich – nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen mit dem AnrufBus im Amt Gartz – gemeinsam mit den Landkreisen Barnim und Oberhavel als Musterregion durchsetzen. Dadurch besteht die einmalige Chance in der Uckermark, den Spagat zwischen Massenbeförderung im Schülerverkehr, Schnelllinien zwischen den Zentren und alternativer Bedienung in der Fläche zu bewerkstelligen.

Das Jahr 2002 war hauptsächlich von zahlreichen Vorarbeiten in den Bereichen Bedienungsanalyse, Technik- und Softwareentwicklung, kreisübergreifendem Netzwerkaufbau und Abbau von gesetzlichen Hemmnissen geprägt. Im parallelen Praxistest kamen jedoch schon erste Ergebnisse für den Kunden zum Tragen. So wurde zum historischen Spektakel in Prenzlau erstmalig ein Rufbus mit Abholung an der Haustür angeboten. Seit dem Herbst ist in Zusammenarbeit mit den UBS ein Theaterbus im Einsatz. Zu allen Vorstellungen wird die Beförderung ab Haustür in der kompletten Uckermark, dem Barnim und dem Altkreis Bad Freienwalde angeboten. Für das Jahr 2003 ist die probeweise Umstellung weiterer Räume (Angermünde, Gerswalde, Boitzenburg, ev. Lübbenow, Brüssow, Fürstenwerder) auf eine dauerhafte Bedienung mit Anrufbussen in Vorbereitung.

- Projekte und Probleme im ÖPNV

Die Sicherheit im ÖPNV ist Grundvoraussetzung für die Akzeptanz beim Kunden. Neben der kontinuierlichen Fortsetzung der Fahrzeugerneuerung mit Sicherheitsgurten kamen 2002 weitere Ansätze zum Tragen. Insbesondere wurde die Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei erneuert und erweitert (z.B. kostenlose Beförderung der Polizeibeamten zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit). Ebenso wurde in Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unfallkasse, Polizei und Landkreis an mehreren Grundschulen eine praxisnahe Vorbereitung der Erstklässler auf die Schülerbeförderung im Bus durchgeführt.

Gescheitert ist im Jahr 2002 die Staffelung der Schulanfangszeiten an Schwedter Schulen. Die Maßnahme hätte eine bessere Verteilung der Sitzplätze in den Bussen (spürbare Sicherheitsverbesserung) und eine wirtschaftlichere Bedienung ermöglicht. In der Beratung mit den Schulleitern wurde ein Schulbeginn nach 08:00 aus verschiedenen Gründen abgelehnt.

Die öffentliche Wahrnehmung des ÖPNV konnte durch Verbesserungen der Informationsmedien (Internet, persönliche Fahrpläne u.ä.), Aufwertung der Kundencenter und gezielte Aktionen (Tag der offenen Tür in Schwedt und Prenzlau), verbessert werden. Hervorzuheben ist die einmonatige Sternenwelle im Bereich Schwedt, in deren Ergebnis die PVG als erstes Unternehmen in Brandenburg die maximale Bewertung im Bereich Kundenzufriedenheit erhielt. In Angermünde ging die PVG eine Partnerschaft mit dem Tourismusverein ein. Durch gegenseitigen Personalaustausch erhalten die Kunden jetzt im Verkehrscenter am Bahnhof touristische Informationen und umgekehrt im Tourismusbüro ÖPNV-Beratung. In Prenzlau und Templin wird die UVG ab 2003 den Fahrkartenverkauf von der Bahn übernehmen. Damit konnten einerseits die Schließung der Fahrkartenschalter der Bahn kompensiert werden und andererseits sind durchgehende Öffnungszeiten von 05:30 bis 19:00 Uhr möglich.

Zum Jahresende 2002 wurde vom Aufsichtsrat der UVG in Abstimmung mit dem Landkreis die Auflösung des Reisebüros in Prenzlau empfohlen. Ursache waren einerseits Bedenken des Innenministeriums zur kommunalrechtlichen Zulässigkeit. Andererseits stand aber das ursprüngliche Profitcenter Reisebüro infolge des Einbruchs im Reiseverkehrsmarkt auch kurz vor dem Abrutschen in die roten Zahlen. Ebenfalls der finanziellen Situation geschuldet musste eine Korrektur des Templiner Stadtbusmodells erfolgen. Bisher wurde der fahrscheinfreie Verkehr zu 2/3 aus der Kurtaxe der Urlauber und zu 1/3 aus der Stadtkasse Templin finanziert. Die Stadtverordneten von Templin beschlossen auf Vorschlag der Arbeitsgruppe Stadtverwaltung/UVG/Landkreis/Tourismusverein den Templiner Bürgern eine Jahreskurtaxe zu 29 EUR anzubieten, die dann u.a. die Beförderung mit dem Bus weiterhin fahrscheinfrei garantiert.

Ein Dauerproblem für den ÖPNV waren im Jahr 2003 zahlreiche Umleitungen durch Straßenbaumaßnahmen auf Hauptachsen des ÖPNV (u.a. Boitzenb.-Pz, Gerswalde-Haßleben, Templiner Innenstadt, Pz-Brüssow, Gartz-Schwedt). Die erfreulichen Infrastrukturmaßnahmen verursachten erhebliche Mehraufwendungen für die Unternehmen und erforderten viel Fingerspitzengefühl mit den Fahrgästen. Im Jahr 2003 entsteht durch die Brückenbaumaßnahme in Prenzlau eine der größten Herausforderungen der letzten Jahre im Bediengebiet der UVG.

Die Schülerbeförderung gehörte auch 2002 zu den Hauptaufgaben im ÖPNV. Durch den Rückgang der Schülerzahlen entstehen jährlich komplett neue Fahrströme. Entgegen dem Trend in anderen Kreisen bleibt die Anzahl der Fahrschüler in den Bussen jedoch nahezu konstant. Problematisch sind aber mittlerweile die hohen mittleren Entfernungen (über 14 km). Durch die absehbare Konzentration insbesondere der Sek. II in den Städten werden die zumutbaren Reisezeiten immer mehr ausgereizt und können in Spitzenentfernungen nicht mehr gehalten werden.

Die Gemeindegebietsreform hatte im Jahr 2002 auch indirekte Auswirkungen auf den ÖPNV. Insbesondere in Schwedt wurde von den neuen Ortsteilen die Beförderung zum günstigeren Stadttarif gewünscht. Nach intensiven Überlegungen wurde in Abstimmung mit dem Landkreis von der PVG ein Modell mittels einer Schwedt-Card entwickelt, dass diesen Wunsch ermöglicht. Die erforderliche Zusatzfinanzierung wurde vertraglich zwischen der Stadt und der PVG geregelt.

Durch den Umzug des Brandenburgischen Straßenbauamtes von Templin nach Eberswalde sind ebenfalls neue Beförderungsströme entstanden. Die UVG richtete dementsprechend eine neue Verbindung ein und schloss analog der Verfahrensweise mit der Kreisverwaltung einen Vertrag zum Jobticket mit dem Straßenbauamt ab. Von diesen neuen Angeboten profitierten auch die Beschäftigten des staatlichen Schulamtes in Eberswalde und Angestellte der Kreisverwaltung.

3.3. Fazit und Ausblick

Das Jahr 2002 war für den ÖPNV der Uckermark eines der erfolgreichsten der letzten Dekade. Zahlreiche Vorbereitungen der Vergangenheit zeigen jetzt ihren finanziellen Erfolg und tragen hoffentlich dazu bei, auch unter europäischem Wettbewerbsdruck ein stabiles ÖPNV-System vor Ort zu sichern. Die Anerkennung der Leistung zeigt sich zum einen im Spitzenplatz der PVG im bundesweiten Vergleich des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, aber auch in verstärkten Referentenanfragen zu Fachveranstaltungen des ÖPNV.

Um diese gute Ausgangsposition nicht zu gefährden, bedarf es jedoch auch 2003 einer intensiven Fortsetzung. Das Forschungsprojekt Impuls 2005 muss als Chance zum flächenhaften Einstieg in alternative Rufbusnetze unbedingt umgesetzt werden. Es muss gelingen noch während der Forschungsphase soviel Projekte wie irgend möglich im Praxisbetrieb zu testen, um später das alleinige finanzielle Risiko so gering wie möglich zu halten. Dazu wird kurzfristig die teilweise Umstellung des Fuhrparks auf kleinere Fahrzeugeinheiten und der Einsatz neuester Informationstechnologien unumgänglich sein. Diesbezüglich ist die in Aussicht gestellte Änderung der Landesfinanzierung des ÖPNV durchaus zu begrüßen. Wichtig im gesamten Prozess ist der Erhalt der Fachkompetenz des VBB für den Landkreis. Die Diskussionen zur Neuausrichtung des Verbundes müssen daher schnellstens zum Abschluss gebracht werden. Ebenso muss im Jahr 2003 die Ausrichtung der Strukturen im ÖPNV immer wieder an den Signalen aus Brüssel und den daraus resultierenden rechtlichen Spielräumen gemessen werden. Hauptaufgabe muss die möglichst umfassende Erarbeitung des Nahverkehrsplanes und die Beschlussfassung durch den Kreistag sein.

Um den aufgezeigten Weg und die sich bietenden Chancen zu nutzen, sind jedoch erhebliche personelle Belastungen sowohl in den Verkehrsunternehmen als auch beim Aufgabenträger zu erwarten. Schon im Jahr 2002 sind hier Grenzen erreicht worden, die u.a. die Aufschiebung des Nahverkehrsplanes bewirkt haben. Nichtsdestotrotz müssen aber die zusätzlichen Möglichkeiten genutzt werden, damit in der Uckermark auch zukünftig ein guter ÖPNV zu finanzierbaren Kosten gewährleistet werden kann.

In diesem Sinne kann und wird auch das Jahr 2003 für den ÖPNV ein erfolgreiches Jahr werden.

4. Regionalmarketing

Regionalmarketing als eine neue Aufgabe des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wird als ein Kommunikations- und Kooperationsprozess begriffen, der den inhaltlichen Kernbereich der zu überarbeitenden Kreisentwicklungskonzeption ausmacht. Dies gilt insbesondere, wenn das Regionalmarketing sich als ein markorientiertes Steuerungskonzept zur Entwicklung von Regionen begreift. Ziel ist es, die regionalen Kräfte zu bündeln, Kooperationen in der Region zu aktivieren und institutionalisieren sowie die regionalen Kompetenzen nach außen professionell darzustellen.

Dieses Aufgabenfeld wird in enger Zusammenarbeit mit dem seit 2001 in der Uckermark tätigen Regionalmanager, Dr. Gebhardt, bearbeitet. Das erste gemeinsame Projekt war die Landkreispräsentation auf dem **Brandenburg-Tag** am 7. September 2002 in Neuruppin. Der Landkreis Uckermark präsentierte sich mit seiner neuen Ausstellung, die inhaltlich auf der Imagebroschüre "Wirtschaftsstandort Uckermark" basiert und einen guten Überblick über die Kompetenzfelder der Uckermark gibt. Die Ausstellung ist in englischer und deutscher Sprache verfasst. Darüber hinaus wurde die Ausstellung des Kompetenznetzwerkes Armaturen und Maschinenbau Prenzlau mit ausgewählten Erzeugnissen der Armaturenindustrie integriert. Auch das Modell der restaurierten Altstadt Angermünde fand Beachtung bei den Besuchern. Präsentation des Landkreises und Information über die Uckermark in der eigens für diesen Tag eingerichteten Präsentationsmeile der Landkreise des Landes Brandenburg war Ziel der Teilnahme am Brandenburg-Tag.

Fast parallel zum Brandenburg-Tag liefen im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung die Vorbereitungen für die Landkreispräsentation auf der **II. Euroregionalen Wirtschaftspräsentation** in Szczecin am 17. und 18.10.2002. Hierzu wurde der Kontakt zum polnischen Partnerkreis Gryfino aktiviert. Im Ergebnis der Gespräche lud der Landkreis Gryfino den Landkreis Uckermark ein, sich auf 30 m² des 90 m² großen Standes zu präsentieren. Für die Präsentation des Landkreises, die unter dem Slogan "Uckermark – Eine Region – viele Gesichter" erfolgte, konnten verschiedene Unternehmen gewonnen werden.

Die Wirtschaft des Landkreises Uckermark haben vertreten:

- Kompetenznetzwerk Armaturen und Maschinenbau Prenzlau,
- Schwedter Hafengesellschaft mbH,
- ENERTRAG
- Milchviehbetrieb Wolters GmbH, Drebenow
- NaturThermeTemplin
- TURM Gasthaus-Brauerei GmbH, Schwedt/O.
- Landhof Arche, Groß-Pinnow
- schiff-gmbh,
- Zukunfts Agentur Brandenburg.

Auch der Kulturführer Uckermark/Gryfino 2002-2003 als das erste Gemeinschaftsprojekt zwischen den Landkreisen wurde auf einer Präsentationstafel in polnischer und deutscher Sprache vorgestellt.

Die Teilnahme an der II. Euroregionalen Wirtschaftspräsentation war ein Förderprojekt der Pomerania. In diesem Zusammenhang wurden die Messeausstattung und die überarbeitete Neuauflage der Imagebroschüre "Wirtschaftsstandort Uckermark" in englischer und deutscher Sprache gefördert.

Die Auswertung des Messeauftritts durch das Amt mit den beteiligten Unternehmen war vom Ansatz durchweg positiv. Die koordinierende Rolle des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wurde als fördernd bewertet. Wunsch der Unternehmen war, die Euroregionale Wirtschaftspräsentation noch unternehmens- und damit auch zielgruppenbezogener zu gestalten. Die Anregungen aus der Auswertungsveranstaltung wurden der Geschäftsstelle der Pomerania zur Verfügung gestellt.

Um das Regionalmarketing aus der Phase eines "Präsentationsaktionismus" herauszuführen und langfristige Strategien zu entwickeln, wurde gemeinsam mit dem Regionalmanager das Projekt der AG-Regionalmarketing zur Erarbeitung einer multimedialen Standard-Präsentation um zwei Workshops zur Präzisierung der Aufgaben und Instrumente des Regionalmarketings in der Uckermark erweitert. Diese Workshops werden im Februar 2003 stattfinden. Neben den Mitgliedern der AG Regionalmarketing sind zusätzliche Kompetenzträger aus der gesamten Uckermark eingeladen. Wichtig wird es für das Regionalmarketing zukünftig sein Standort- und Stadtmarketingaktivitäten wie beispielsweise in Schwedt/O. und Templin in das Regionalmarketing der Uckermark stärker einfließen zu lassen. Dazu zählt auch, dass die "Regionalmanager" der LEADER+ Regionen und der Region aktiv enger an den Regionalmarketingprozess gebunden werden. Eine regionale Kommunikationsebene könnte durch die Einrichtung einer Regionalkonferenz (Forum für ein Public-Privat-Partnership) als nächster Schritt auf dem Weg der Institutionalisierung des Regionalmarketings geschaffen werden.

Um die verschiedenen Aktivitäten besser koordinieren und bündeln zu können, wird für 2003 erstmalig ein regionaler Marketingplan zusammengestellt.

5. Infrastruktur

5.1. Daten Fakten

Statistik Fremdenverkehr (gewerbliche Betriebe) Reiseregion Uckermark

Merkmale	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 per Oktober
Beherbergungsstätten darunter geöffnet (Anzahl)	92 72	98 77	107 89	113 94	110 94	115 100	120 111
Bettenkapazität darunter angeboten (Anzahl)	5.329 4.247	5.765 4.184	5.770 4.677	5.799 4744	5.638 4.746	5.891 5.093	6.140 5.540
Auslastung der angebotenen Betten (%)	32,1	33,7	35,0	33,1	35,0	36,2	35,5
Gästeankünfte (Anzahl)	150.082	161.018	178.519	183.077	196.252	208.460	180.290
Übernachtungen (Anzahl)	518.849	538.316	606.357	606.565	636.100	689.495	587.234
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage)	3,5	3,3	3,4	3,3	3,2	3,3	3,3

Quelle: Statistische Berichte, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg

Ausgewählte Ergebnisse aus der Beherbergungsstatistik für den Zeitraum 01.01. bis 31.10.2002

Merkmal	Darunter ausgewählte Städte					
	Ucker- mark gesamt	Angermünde	Lychen	Prenzlau	Schwedt	Templin
Beherbergungsstätten darunter geöffnet (Anzahl)	120 111	4 4	21 17	9 9	13 13	13 13
Bettenkapazität darunter angeboten (Anzahl)	6.140 5.540	143 143	1.077 872	359 359	535 535	1.469 1.291
Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Betten (%)	35,5	28,2	25,2	31,5	27,5	49,9

Gästeankünfte (Anzahl)	180.290	5.756	13.484	17.924	20.336	56.788
Veränderung zum Vorjahr (%)	- 1,9	+ 13,1	+ 15,9	- 9,3	+ 7,4	- 3,0
Übernachtungen (Anzahl)	587.234	12.254	57.653	34.410	44.736	200.685
Veränderung zum Vorjahr (%)	- 5,2	+ 1,7	+ 9,0	- 13,0	- 14,6	- 4,9
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage)	3,3	2,1	4,3	1,9	2,2	3,5

Quelle: Statistische Berichte, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg

Eine direkte Vergleichbarkeit der Zahlen mit denen im vergangenen Jahr ist insbesondere bei den Städten Schwedt/O., Lychen und Prenzlau nicht gegeben, da hier Eingemeindungen stattgefunden haben. Mit dieser Eingemeindung fließen weitere Beherbergungsbetriebe und Gästebetten in die Bewertung und bilden eine neue Ausgangsgröße.

Angermünde entwickelte sich entgegen der Tendenz und konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals etwas zulegen.

Fallzahlen Bearbeitung von Fördermittelanträgen/ Stellungnahmen

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GA – gewerblich	45	33	16	7	16	6	4
GA – Infrastruktur	5	1	2	6	2	1	1
INTERREG	3	9	2	4	-	3	4
ABM/ SAM	78	36	22	14	8	5	1
Raumbedeutsame Planungen	7	13	37	17	2	28	14
Vorhabenbezogene Stellungnahmen	8	7	25	31	41	98	88
Stellungnahmen Landwirtschaft	6	6	14	5	1	2	-

Quelle: Eigene Ermittlungen

Die fast gleichbleibende Zahl der vorhabensbezogenen Stellungnahmen, weist auf eine aktive Tätigkeit u.a. der Gemeinden und Ämter hin (Planungen zum Bau von Straßen, Wegen, Einrichtungen u.ä.).

Die Antragstellung aus dem Programm Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist auch im Jahr 2002 sehr verhaltend. Ausnahmen bilden jeweils Investitionsvorhaben zum Auf- oder Ausbau regionalwirtschaftlich bedeutsamer touristischer Strukturen. Als Anregung sei auf eine mögliche fachliche Begleitung der Antragsteller nach Bewilligung der Fördermittel verwiesen, um bei Bedarf Unterstützung zu leisten oder zu vermitteln.

5.2. Verkehrliche Infrastruktur

- Umstufungen

Unabdingbare Aufgabe der Daseinsvorsorge der Kommunen, der Landkreise, der Länder sowie des Bundes ist die Entwicklung und Unterhaltung einer ihren Entwicklungszielen angepassten Infrastruktur.

Die Schaffung und Unterhaltung von öffentlichen Straßen als eine der bedeutendsten infrastrukturellen Einrichtungen sind im Bundesfernstraßengesetz und in Landesstraßengesetzen geregelt. Die Landesgesetze unterscheiden und gliedern die öffentlichen Straßen nach ihrer Verkehrsbedeutung in Straßengruppen, welche jeweils Baulastträgern zugeordnet sind (z.B. Gemeinde, Landkreis, Land).

Aufgrund der neu geregelten Zuständigkeiten bei den Umstufungen konnte nunmehr der Landrat insgesamt 6 vom LBVS zu unrecht umgestufte Straßen per Bescheid zurücknehmen. Damit konnte sowohl für die betroffenen Gemeinden als auch für den Landkreis ein nunmehr straßenrechtlich unanfechtbarer Zustand hergestellt werden, der die betroffenen Gemeinden und den Landkreis in die Lage versetzt, die Mittel für die Straßenunterhaltung, für die Straßenplanung und für den Neubau gezielt zu planen und einzusetzen. Durch Moderation und koordinierende Tätigkeit des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung unter Hinzuziehung des Hoch- und Tiefbauamtes, des Rechtsamtes und der Dezernenten II und III konnten die Umstufungen weiter abgearbeitet werden.

Das Mitwirken des Landkreises in der Neuregelung und Klarstellung gesetzlicher Vorschriften hat im MSWV entsprechende Beachtung gefunden. Die in diesem Zusammenhang aufgezeigten Möglichkeiten handhabbarer Regelungen erleichtern den Verwaltungsaufwand und tragen zur Kostenminimierung bei.

- Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Als eine der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen zur Stärkung der Grenzregion Brandenburgs ist die sogenannte Oder-Lausitz-Trasse zu entwickeln. Sie beginnt im Norden am Autobahndreieck „Kreuz Uckermark“ und endet im Süden an der Bundesautobahn BAB A 13 an der Landesgrenze zu Sachsen. Sie wird nach Fertigstellung eine Länge von 265 km, davon 185 km Neubau und 80 km Ausbaustrecke haben. Damit ist sie der wichtigste Infrastrukturbestandteil zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, gerade im Hinblick auf die EU-Osterweiterung (Beitritt Polens 2004) und die daraus entstehenden neuen Wirtschaftsverbindungen und -verkehre. Sie bietet eine Zukunftsperspektive für die Bürger/innen der Grenzregion, da sie die Ansiedlung von Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen unterstützt. Damit verbunden sind die Erhaltung und Entstehung neuer Arbeitsplätze sowie Ausbildungsplätze.

Der längst überfällige Ausbau der BAB A 11 zwischen Joachimsthal und Gramzow beginnt regulär im März 2003 und soll im November 2005 abgeschlossen sein. Die Baufeldfreimachung für 3 Abschnitte der rechten Richtungsfahrbahn sowie der Grünbrücke wurde im Dezember 2002 begonnen und ist am 28. Februar 2003 abzuschließen, da in diesen Abschnitten dann die Tiefbauarbeiten beginnen. Diese insgesamt 10,6 km sollen im November 2003 dem Verkehr übergeben werden. In der Bauanlaufberatung am 04.12.02 hatte ich darauf hingewirkt, dass die vorgesehenen Bauzeiten zwingend einzuhalten sind.

Die ausgebaute OD Baumgarten der L 26 als einzige OD auf dem kürzesten Weg von Prenzlau zur A 20 wurde 2002 dem Verkehr übergeben. Die freie Strecke der L 26 zwischen Prenzlau und Kleptow befindet sich gegenwärtig in der Anhörungsphase des Planfeststellungsverfahrens. Ziel ist es, diese auch für das Gewerbegebiet Ost so wichtige Zufahrt zur A 20, in den Jahren 2004/05 auszubauen.

O. g. Vorhaben basieren auf Landes- bzw. Bundesplanungen und wurden vom Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung dahingehend unterstützt, indem Einfluss im eigenen Hause auf eine termingerechte Abarbeitung der vom Landkreis als Träger öffentlicher Belange abgeforderten Stellungnahmen genommen wurde. Darüber hinaus erfolgte ein Abgleich der verschiedenen Forderungen der Unteren Fachbehörden (z.B. Untere Denkmalschutzbehörde, Untere Straßenverkehrsbehörde, Untere Naturschutzbehörde).

Um der Stadt Templin den Kurstadtstatus zu erhalten ist es zwingend geboten den Ortskern vom Durchgangsverkehr zu befreien. Hierzu hatte die Stadt in den vergangenen Jahren Planungen durchgeführt. Die Planung der "Engen Westumfahrung" der Stadt Templin wurde 2002 von der Stadt an das Land als Träger der Straßenbaulast für Landesstraßen übergeben. Ein erstes Abstimmungsgespräch zur Linienplanung des nunmehr mit einem neuen Arbeitstitel "L 23 Ortskernverlagerung Templin" versehenen Straßenbauvorhabens fand im September 2002 im Haus der Wirtschaft statt. Belange wichtiger Unterer Landesbehörden wurden mit dem Planer und dem Auftraggeber (BSBA) durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung thematisiert und moderiert. Im Ergebnis verständigte man sich auf zwei Grundvarianten.

Die Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße soll gemäß BVWP 92 als wichtige Verkehrsanbindung Berlins an den Seehafen Stettin und die Wirtschaftsgebiete der Oder sowie als Weiterführung der Wasserstraßenverbindung Hannover-Magdeburg-Berlin in den europäischen Raum für Schubverbände von 135 m x 11,40 m x 3,10 m Abladetiefe und Einzelfahrer mit den Massen 110 m x 11,40 m x 3,10 m Abladetiefe ausgebaut werden. Die mittlere Wassertiefe von 4,50 m und je nach Profil eine Wasserspiegelbreite von 42 m bzw. 55 m soll bis zum Hafen Schwedt den Verkehr mit Kümos ermöglichen. Baurecht besteht für dieses Vorhaben noch nicht. In 2001/02 wurde das Planfeststellungsverfahren bis einschließlich zwei Erörterungsterminen durchgeführt. In Vorbereitung des Erörterungstermins waren erneut koordinierte Abstimmungen mit allen am Verfahren beteiligten Fachämtern des Hauses durchzuführen. Der Planfeststellungsbeschluss steht noch aus.

Während des Erörterungstermins im Mai 2002 wurden die fachamtlichen Forderungen erneut bekräftigt. Diese bewegen sich im Rahmen fachgesetzlicher Vorschriften und tragen somit dazu bei, das für den Schifffahrverkehr so wichtige Vorhaben entsprechend der gesetzlichen Vorgaben realisiert werden können.

- Fallzahlen 2002

Verkehrsinfrastruktur	119
Ländlicher Wegebau/ Dorferneuerung	55
Umstufungen/Bescheide	15

5.3. Technische Infrastruktur

Bei den infrastrukturelevanten Planvorhaben der Städte, Ämter und Gemeinden ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass durch die Integration der ehemaligen Ostmecklenburgischen Gasversorgung GmbH in die E.DIS Aktiengesellschaft diese ein umfangreiches Investitionsprogramm zum Ausbau der Erdgasversorgung im Landkreis vorbereitet. Der Ausbau der Erdgasversorgung soll in den nächsten Jahren flächendeckend in mehreren Bauabschnitten realisiert werden. Aus diesem Grunde wurden die von der E.DIS mit der Planung betrauten Ingenieurbüros zu Vorabstimmungen in das Haus der Wirtschaft eingeladen, um wichtige Eckpunkte vor Einleitung des Genehmigungsverfahrens abzuklären. Diese Verfahrensweise fand bei allen bisher vorstellig gewordenen Planungsbüros großen Anklang, zumal dadurch eine Beschleunigung der Bearbeitungszeit unter der Monatsfrist eingehalten werden konnte.

Die federführende Aufgabenwahrnehmung durch das Amt als Träger öffentlicher Belange im Auftrage des Landrates stellte sich wie folgt dar:

- Fallzahlen 2002

1.	Raumordnungsverfahren	4
2.	Scopingverfahren	3
3.	Unverbindliche Bauleitplanungen Flächennutzungspläne	14
4.	Förderung von Planungsleistungen	2
5.	Raumbedeutsame Planungen Dritter	3
6.	Planverfahren zu Fernmeldeanlagen	12
7.	Planverfahren zu Abwasseranlagen	8
8.	Planverfahren zu Wasserversorgungsanlagen	27
9.	Planverfahren zu Elektroversorgungsanlagen	84
10.	Planverfahren zu Gasversorgungsanlagen	26
11.	Bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren	3
12.	Bodenordnungsverfahren	12
13.	Verfahren zu Erstaufforstungen	3

Geleistete Zuarbeiten zu Stellungnahmen des Landrates

an das Amt 83

- Stellungnahmen zu Dorferneuerungen 15

an das Amt 63

- Übereinstimmung von Außenbereichsvorhaben mit dem Regionalplan Uckermark-Barnim im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft 67

Im Jahr 2002 konnten 283 Fälle fristgerecht abgearbeitet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wegen der Komplexität der Raumordnungsverfahren, der Bergbaurechtlichen Genehmigungsverfahren, der unverbindlichen Bauleitplanungen sowie der Scopingverfahren im Rahmen von Vorhaben nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ein höherer Zeitaufwand für Vorbereitungs- und Abstimmungsprozesse erforderlich war. Dieser konnte jedoch durch eine sinnvolle Koordination und einem ungestörten Kommunikationsprozess zwischen den betroffenen Behörden und Ämtern und dem Haus der Wirtschaft minimiert werden.

Bei allen Planvorhaben nahmen die Kommunikationspartner in ihrem Verhalten aufeinander Bezug. Dies wirkte sich positiv auf die Arbeitsergebnisse hinsichtlich der Qualität und der Quantität aus.

5.4. Touristische Infrastruktur

- Konjunkturelle Situation der Tourismuswirtschaft

Im Jahr 2002 ist in der Tourismuswirtschaft eine allgemeine Stagnation zu verzeichnen. Die Erwartungen, dass nach den Ereignissen am 11. September 2001 in New York der Deutschlandtourismus im Jahr 2002 einen Aufschwung erfährt,

haben sich nicht erfüllt. Nach vielen Jahren ständig wachsender Wirtschaftszahlen im Tourismus gab es auch in der Uckermark im letzten Jahr eine leicht rückläufige Tendenz. Neben den immer wieder genannten Gründen für diese Entwicklung, wie die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage und die Diskussion um die Folgen der Einführung des Euros, muss für uns im Vordergrund stehen, dass die Entwicklung der Tourismuswirtschaft kein Selbstläufer ist. Die Uckermark darf sich nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, sondern muss beständig eine aktive Kundengewinnung betreiben, neue Angebote und eine hohe Angebotsflexibilität entwickeln. In diesem Zusammenhang muss auch eine stärkere Profilierung der Reiseregion Uckermark erfolgen.

Im Verbund mit anderen Akteuren der Tourismuswirtschaft hat das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung u.a. die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft, den Anforderungen unserer Gäste entsprechend, zu schaffen. Dabei geht es insbesondere darum, regionale und überregionale Infrastrukturmaßnahmen zu initiieren, im Auftrag der Gemeinden oder auch in eigener Regie umzusetzen. Darüber hinaus besteht eine koordinierende Funktion bei der Erhaltung der touristischen Infrastruktur.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung rückte im vergangenen Jahr folgende touristische Projekte in den Mittelpunkt der Arbeit:

- Radwegeprojekte

Uckermärkischer Radrundweg (Stolpe-Angermünde-Templin-Lychen)

Der Zuwendungsbescheid der ILB (GA – I) liegt seit dem 12.03.2002 vor. Damit wurde das Projekt an das Tiefbauamt übergeben. Die Planung (Planungsphase 1-4 liegt vor) wurde durch die Firma Steinbrecher & Partner durchgeführt und der Stand der Arbeiten am 05.09.2002 den Ämtern und Gemeinden vorgestellt. Baubeginn wird voraussichtlich noch im Jahr 2003 sein können. Die Gesamtinvestition für das Vorhaben beträgt ca. 11 Mio EUR.

Oder-Neiße-Radweg (Lückenschluss Mescherin – Schönfeld)

Der Landkreis wird das Vorhaben vom Amt Gartz (Oder) zur weiteren Bearbeitung übernehmen (KT-Beschluss Nr. 35/2002). Hierzu erfolgt der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Landkreis. Der INTERREG III-Antrag wurde vom Amt Gartz/O. bei der Kommunalgemeinschaft Pomerania gestellt. Die Finanzierung der Eigenanteile in Höhe von 20 % wird über GFG-Mittel der Gemeinden gesichert. Zur weiteren Qualifizierung des Fördermittelantrags wird die Planung des Abschnittes durch das Tiefbauamt fortgeführt. Der Investitionsbedarf beträgt ca. 1.9 Mio EUR. Realisierungszeitraum sind die Jahre 2003-2005.

Radrundweg "Spur der Steine"

Das Infrastrukturvorhaben wurde 2002 zur Einwerbung entsprechender Förderungen und Realisierung des Baus vom Landkreis übernommen. Die unter Federführung des Naturparks Uckermärkische Seen und in Zusammenarbeit mit dem WWF erbrachten Leistungen (u.a. Konzept zur Nutzung und Ausgestaltung des Radweges) waren hierfür eine gute Grundlage. Die Planung bis zur Leistungsphase 4, die Grundlage für die

Fördermittelantragstellung ist, wurde vom Landkreis vorfinanziert und liegt seit November 2002 vor. Durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung wurde ein Antrag auf Förderung über das Programm des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung "Entwicklung ländlicher Raum – Sonderprogramm (90%)" vorbereitet und gestellt. Die Kofinanzierung soll über Mittel des Arbeitsamtes realisiert werden. Eine entsprechende Beratung zur Abstimmung fand mit den beteiligten Gemeinden und Ämtern am 06.11.2002 in Prenzlau statt. Der Investitionsumfang wird mit 6,7 Mio EUR beziffert. Der Baubeginn kann nach positiven Fördermittelbescheiden noch im Jahr 2003 erfolgen.

Radfernweg "Berlin-Usedom"

Der Radfernweg, der in der Uckermark eine Länge von 55 km hat, ist Bestandteil der Landeskonzeption. Damit ist eine Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der kommunalen Infrastruktur grundsätzlich möglich. Unter der Leitung der TU Berlin besteht seit November 2002 eine länderübergreifende Arbeitsgruppe, die als Koordinierungs- und Abstimmungsgremium zur Realisierung des touristischen Radweges fungiert.

In Abstimmung mit dem Tiefbauamt und den beteiligten Gemeinden werden durch unser Amt Maßnahmen zur Vorbereitung der Planung des Radweges im Landkreis getroffen. Dazu wurden Streckenbefahrung und Trassenabstimmungen vorgenommen, um notwendige Ausbaumaßnahmen festzulegen und daraus folgend die Grobkostenschätzung zu erstellen. Nach einer ersten Grobkostenschätzung besteht ein Investitionsbedarf in Höhe von 4,5 Mio EUR. Die notwendigen Planungsleistungen in Höhe von 170.000,00 € wurden im Haushalt 2003 als Verpflichtungsermächtigung für 2004 beantragt. Die bauliche Umsetzung kann voraussichtlich 2005-2007 erfolgen.

- Reitwegeprojekte

Fernreit- und Kutschweg Berlin - Usedom (Teilstück Uckermark)

Der Fernreit- und Kutschweg konnte am 16.05.2002 seiner Bestimmung übergeben werden. Für unser Amt war es das erste Projekt, das mit 3 verschiedenen Fördermittelgebern (LASA, AFLE, Arbeitsamt) und den entsprechenden Eigenanteilen der Gemeinden koordiniert und realisiert wurde. Ein Flyer in der Werbelinie des Tourismusverbandes Uckermark zur Vermarktung des Fernreitweges wurde ebenfalls über das Projekt hergestellt und finanziert. Die Investition betrug ca. 217.000 EUR und wurde durch einen Baubetrieb der Region realisiert.

Die Zielgruppe der Reiter ist mit der Streckenführung in Teilbereichen nicht zufrieden, insbesondere dann, wenn die Wegeführung auf öffentliche Straßen gelegt werden musste. Grundsätzlich ist das Finden und Festlegen der Reitwege darüber hinaus mit bestimmten Zwangspunkten (Reiterhöfe) sehr schwierig. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und auch das Agieren der Forst und der Biosphärenreservatsverwaltung waren teilweise hinderlich.

Um auf dem Gebiet des Reittourismus weiter voran zu kommen, soll das Koordinierungsgremium des AFLE verstärkt zur aktiven Arbeit herangezogen werden. Die Interessenvertretungen der Zielgruppe, hier der Kreisreiterverband und die

Vereinigung der Freizeitreiter Deutschlands, haben dabei eine besondere Verantwortung. Eine erste Beratung findet am 16.01.03 im Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung statt.

- Wasserwanderwegeprojekte

Wasserwanderweg Uckerseen – Stettiner Haff

Dieser Wasserwanderweg stellt die einzige wasserläufige Verbindung der Region Prenzlau zur Ostseeregion her. Dieser Bedeutung entsprechend wird das Projekt in Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Beteiligten (Landkreise, Gemeinden) unter Federführung der Stadt Prenzlau geplant. Die Umsetzung soll über eine INTERREG III Förderung realisiert werden. Unser Amt vertritt die Interessen des Landkreises Uckermark innerhalb dieser Arbeitsgruppe und leistet notwendige Koordinierungsarbeit.

- Andere Projekte

Projekt Begrüßungsschilder Uckermark

Das Projekt wurde auf Anregung einiger Bürgermeister initiiert. Zielstellung ist es u.a. den Bekanntheitsgrad der Uckermark zu erhöhen, die Heimatverbundenheit zu verbessern und den Dienstleistungsgedanken zu vertiefen. Der Fördermittelantrag zur Umsetzung wurde beim Amt für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung (ELR) und dem Arbeitsamt gestellt. Abstimmungsgespräche mit den Gemeinden, dem Bauamt, der Straßenverkehrsbehörde, dem Straßenbauamt Eberswalde und der Stadt Strasburg zu den Standorten an Bundes- und Landesstrassen wurden durch unser Amt geführt. Die voraussichtliche Investitionshöhe beträgt 63.000 EUR. Für die Realisierung ist das Jahr 2003 vorgesehen.

Erhaltung der touristischen Infrastruktur

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung unterstützt die Ämter bei der Aufgabe der Erhaltung der touristischen Infrastruktur. Unter der Federführung des Amtes wurden weitere Beratungen auf regionaler Ebene organisiert, die sich als ständige Gremien der Erhaltung der touristischen Infrastruktur widmen. Zielstellung ist es die Arbeitskreise 2 mal im Jahr einzuberufen und konkrete Aufgaben und Zuständigkeiten festzuschreiben und abzurechnen. Erste Erfolge sind bereits in den Regionen Lychen und Boitzenburg erkennbar. Hier wurden die Beratungen bereits zum 2. Mal durchgeführt. Ämter, Gemeinden, Tourismus- und Arbeitsfördervereine suchen hier gemeinsam nach weiteren praktikablen Lösungen.

So gibt es bereits regionale Arbeitskreise für die Regionen:
Lychen, Gramzow, Schwedt/ Gartz, Boitzenburg.

Weitere Arbeitskreise sollen sich 2003 für die Regionen finden:

Nordwestuckermark, Angermünde/ Oder-Welse, Prenzlau/ Brüssower-Land und Templin.

Die Naturwacht Lychen, die seit April 2001 für den Bereich Templin/ Boitzenburg die Funktion des Wegewartes übernommen hat, sowie die beiden Wegewarte Herr Leitzke und Herr Müller leisten eine sehr gute Arbeit. Sie sind in ihrem Zuständigkeitsbereich anerkanntes Fachpersonal und werden zu allen Fragen der Wanderwege gerne zu Rate gezogen. Im Jahr 2002 konnte den beiden Wanderwegewarten wieder eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden. Grundlage der Mittelbereitstellung war die zweckgebundene Zuweisung zur Förderung des Ehrenamtes.

6. Kreisentwicklung und Infopool

6.1. Kreisentwicklung, Schwerpunkte und Projekte

Nach dem Amtsantritt des Landrates wurde sehr schnell deutlich, dass an die Qualität der Kreisentwicklungskonzeption neue und höhere Anforderungen gestellt werden müssen. Es stand die Aufgabe, die Form der Kreisentwicklungskonzeption zu überdenken und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren (Politiker, Kommunen) zu verstärken.

Einen wichtigen Impuls gab dazu die Veranstaltung "Leerstand und Altschulden in der Wohnungswirtschaft" am 18.06.2002, in deren Ergebnis die engere Zusammenarbeit mit den kommunalen Wohnungsbauunternehmen, die im Landkreis Uckermark tätig sind, thematisiert wurde und die inzwischen gute Ansätze zeigt. Diese Veranstaltung wurde durch die Aufbereitung von statistischem Material unterstützt.

Im Nachgang zur Veranstaltung "Leerstand und Altschulden in der Wohnungswirtschaft" am 18.06.2002 intensivierte sich die Arbeit speziell mit dem Wohnungsunternehmen Prenzlau-Land. Das Sachgebiet 803 arbeitete dem Unternehmen im Zusammenhang mit der Erarbeitung ihres wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Konzeptes für Teilbereiche des Landkreises Uckermark wichtige Daten zu. Im Gegenzug wurden Einblicke in die Statistikerfassung des Unternehmens gewährt, die aus der Jahresstatistik des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen und der Regionalverbände stammen. Damit wird dem Landkreis Uckermark eine weitere wichtige Datenquelle eröffnet.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die zukünftige Bearbeitung der Kreisentwicklungskonzeption bestand in der Integration der Ergebnisse aus dem Diskussionsprozess zur Investitionspauschale. Am 03.07.2002 beschloss der Kreistag dazu Grundsätze und Verteilungskriterien zur Vergabe von Mitteln aus der Investitionspauschale nach den §§ 17 und 21 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Die von den Kommunen eingereichten Projekte wurden danach beurteilt und im Ergebnis eine Prioritätenliste erstellt.

Die Mitglieder des Kreistages haben in ihrer Sitzung am 03.07.2002 den Beschluss (DS-Nr. 99/2002) gefasst, dass die 2. Fortschreibung der Kreisentwicklungskonzeption Ende des Jahres 2004 als Beschlussvorlage vorzuliegen hat. Der Schwerpunkt der

Arbeit des Sachgebietes im Jahr 2003 liegt zweifelsohne in der Bearbeitung der Kreisentwicklungskonzeption. Diese ist im Unterschied zu ihren beiden Vorgängern jedoch kein umfangreiches statistisches Material, sondern wird eher als ein Prozess verstanden.

In diesem Sinne ist die Erarbeitung des Fördermittelantrages für das Projekt "Lokale Beschäftigungsstrategien und Innovation" bei der Europäischen Kommission maßgeblich zu begleiten und der Antrag einzureichen.

Die erste Phase 2003/2004 besteht in einer rein konzeptionellen Arbeit. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Dabei sollen Visionen erarbeitet und neue Ansätze formuliert werden. Die intensive Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie z. B. politischen Gremien, Interessenvertretungen, Kommunen und Partnern aus den unterschiedlichsten Wissenschaftsbereichen ist dabei prioritäres Ziel, um den Kommunikationsprozess in Gang zu setzen, zu erhalten bzw. zu vertiefen.

6.2. Infopool

Gemäß dem Kreistagsbeschluss vom 03.07.2002 wurde die Geschäftsverteilung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung bestätigt. Darin enthalten ist u. a. auch der Info-Pool. Mit dem Info-Pool sollte ein Informationsmanagement aufgebaut werden, dass sowohl die redundante Datenhaltung in der Kreisverwaltung beendet und damit die Effektivität erhöht als auch dem enormen Bedarf an Informationen jeglicher Art gerecht wird, der sowohl in der Verwaltung selbst als auch von Außen an die Verwaltung herangetragen wird.

Das Ziel des Info-Pools besteht in einer flächendeckenden Versorgung der Mitarbeiter der Verwaltung mit Informationen, die aus Sachdaten als auch aus Geodaten (Geobasisdaten und Geofachdaten) bestehen.

Um den Aufbau des Info-Pools konzeptionell und inhaltlich vorzubereiten, hat das Sachgebiet die Aufgabe abgeleitet, ein "Arbeitspapier zum Aufbau eines Informationspools" zu erstellen und erste Vorstellungen (Inhaltsverzeichnis) zu entwickeln, wie ein solcher Pool ausgestaltet werden kann. Diese schriftlich erfassten Gedanken wurden Ende September 2002 an das Hauptamt weitergeleitet.

GIS

Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Umstellung der Daten in das ETRS89 durch den GIS-Koordinator. Durch die Bereitstellung von Pomerania-Fördermitteln konnten neue Rechner gekauft und installiert werden.

Im Jahr 2002 fanden 5 Arbeitsgruppenberatungen statt. Es wurde intensiv an der Vorbereitung zur Einführung von GIS-Gebühren gearbeitet und an Vereinbarungsentwürfen, die mit lokalen Partnern abgeschlossen werden sollen. Es fand in diesem Jahr keine GIS-Vorführung statt, die erstellte Dokumentation wurde jedoch allen Amtsleitern zur Verfügung gestellt.

Auch im Jahr 2002 wurden die GIS-Koordinatoren vielfach um die Weitergabe ihrer Erfahrungen beim Aufbau eines GIS in der Verwaltung gebeten bzw. traten selbst mit

anderen GIS-Anwendern in Kontakt. Dazu wurden die verschiedensten Zusammenkünfte (beispielsweise TIUV-AG Brandenburg, PLIS-Anwendertagung) genutzt. Ein besonders enger Erfahrungsaustausch hat sich mit dem Landkreis Barnim ergeben.

Eine Dokumentation zum weiteren Aufbau des GIS in der Verwaltung ist in 2003 zu erstellen. Die Installation von Auskunftsplätzen muss ebenfalls begonnen werden.

PLIS

Das Planungsinformationssystem stellt eine wichtige Grundlage für die Arbeit im Sachgebiet 803 dar. Speziell für das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung dient es als Informationsquelle für bestehende bzw. geplante Gewerbe- und Industriegebiete, aber auch für andere Statistiken. Die Mitarbeiter im Sachgebiet wurden zum Digitalisiermodul im PLIS geschult. Es wurde mit den ersten Digitalisierungen begonnen.

Die Digitalisierung der Flächennutzungspläne konnte nicht auf den aktuellen Stand erhoben werden, da in der Landesregierung eine Haushaltssperre verhängt wurde, die eine neue Auftragsvergabe an externe Büros nicht ermöglicht.

Auf der PLIS-Anwenderkonferenz flossen einige Hinweise zur Weiterentwicklung des Systems aus dem vorhandenen Erfahrungsschatz ein. Im Ergebnis wird in einer Arbeitsgruppe Windenergieanlagen auf Landesebene mitgearbeitet.

Ende des Jahres wurde über die Veranstaltung "Netzwerk Wirtschaftsförderung" begonnen, die Wirtschaftsförderer der kreisangehörigen Kommunen um die Mitarbeit bei der Aktualisierung der Gewerbegebietsdaten zu bitten. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Institutionen anderer Landkreise wurde auf der PLIS-Ebene durchgeführt und mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Oberhavel mbH vertieft.

Die Aktualisierung der Daten zu den Gewerbegebieten ist im Jahr 2003 abzuschließen. Der Kontakt zu den Wirtschaftsförderern der kreisangehörigen Gemeinden ist damit inhaltlich und kommunikativ auszubauen.

Die Digitalisierung der verbindlichen Bauleitpläne und Satzungen ist entsprechend der Möglichkeiten im PLIS (Integration der ALK) auf den aktuellen Stand zu heben.

Die Digitalisierung der Flächennutzungspläne ist in Zusammenarbeit mit dem LUA zu klären.

Statistik

Das Sachgebiet erarbeitete eine Informationsvorlage zur Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2000 und 2001, die der Kreistag in seiner Sitzung am 24.04.2002 zur Kenntnis nahm.

Weiterhin wurde eine Resolution zur Einflussnahme der Gemeinden des Landkreises Uckermark auf die Errichtung von Windkraftanlagen verfasst, die der Kreistag am 03.07.2002 beschlossen hat und welche an die Kommunen weitergeleitet wurde.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik ist mit allen lokalen Partnern in 2003 zu intensivieren. Dazu gehören vor allem die Wohnungsunternehmen der Uckermark, als auch die Kommunen und die Unternehmervereinigungen.

Sonstiges

- Betreuung von Studenten der Universität Potsdam i. Z. m. Kommunalwissenschaftlichen Institut (KWI)

Am 25.05.2002 fand eine Auftaktveranstaltung im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes zum ländlichen Raum der Universität Potsdam statt. Die Studenten verweilten 2 Tage in der Uckermark. Einen Großteil der Organisation übernahm das Sachgebiet zum Ablauf, aber auch zur inhaltlichen Gestaltung der Veranstaltung im Hause. Neben einer Exkursion in Templin und Schwedt/Oder und einem Arbeitsgespräch, in dem der Landkreis Uckermark und speziell die Kreisentwicklungskonzeption thematisiert wurde, konnten die Studenten Kontakt mit den verschiedenen Amtsleitern der Fachämter des Hauses knüpfen und Termine für gesonderte Gespräche vereinbaren.

- Vorbereitung des Besuches aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien

Durch die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH inwenty wurde an den Landkreis Uckermark die Bitte herangetragen, Gästen aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien einen Informationsbesuch zu organisieren. Dabei standen Fragen der Wirtschaftsförderung, Infrastruktur und Bildung im Mittelpunkt. Diese Veranstaltung wurde im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Die Teilnehmer wurden auf der Exkursion in das Oberstufenzentrum des Landkreises Uckermark und nach Templin betreut. Im Nachgang wurden Unterlagen zur Windkraftnutzung und Ansprechpartner für Windkraftanlagen übergeben.

- Lotsendienst für geeignete Abfallanlagenstandorte eines potentiellen Investors

Resultierend aus der Arbeitsgruppenberatung "Abfall" des Landkreises Uckermark im August 2002 wurde dem Amt 80 die Aufgabe übertragen, potentielle Standorte zur Errichtung von Abfallaufbereitungsanlagen innerhalb der Region zu recherchieren. Somit ist gewährleistet, dass im Falle der Ausschreibung mögliche Standorte interessierten Anbietern angeboten werden könnten, ohne den Genehmigungsverfahren vorwegzugreifen. Es wurden 5 mögliche Standorte favorisiert und innerhalb des Hauses abgestimmt. Im Dezember 2002 wurden die betroffenen Kommunen von dieser Standortrecherche informiert.

7. Fazit

Durch die Zusammenlegung des ehemaligen Amtes für Wirtschaftsförderung mit dem Sachgebiet Kreisentwicklung des ehemaligen Planungsamtes zum Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung hat sich eine Neuorientierung und -strukturierung erforderlich gemacht. Der Anspruch und die Motivation der Akteure bestanden darin, mit der Einrichtung dieses neuen Amtes und des Hauses der Wirtschaft eine marktorientierte, qualitativ hochwertige Dienstleistungseinrichtung insbesondere für Unternehmen zu gestalten. Es ist hervorzuheben, dass der Prozess der Erneuerung des Amtes durch die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter wesentlich selbst gestaltet und vorangetrieben wurde. Dies ging einher mit der Bereitschaft mehr Verantwortung zu übernehmen.

Auf diesem Weg wurde innerhalb einer kurzen Zeit viel erreicht. Auch die Synergieeffekte im Haus der Wirtschaft sind positiv zu beurteilen. Beispiele hierfür sind die gemeinsamen Projekte mit dem Regionalmanager (Präsentationen; Workshops), der Verzahnung (Lokale Beschäftigungsstrategien und Innovationen), dem Bundesverband für mittelständische Wirtschaft (Kooperationsoffensive KMU) u.a. (siehe hierzu Anhang – Stellungnahmen einzelner Mieter im Haus der Wirtschaft).

Anhang

Von: "Grundmann" <grundmann@schiff-gmbh.de>
An: <wirtschaftsamt@uckermark.de>, "Ursula Korczok" <korczok@schiff-gmbh.de>
Datum: 18.12.02 14:16 Uhr
Betreff: Zuarbeit Jahresbericht

Sehr geehrter Herr Tramp,
nachfolgend meine Anregungen zum Jahresbericht 2002:

"Die Zusammenfassung der wirtschafts- und unternehmensrelevanten Unterstützungsstrukturen im Haus der Wirtschaft hat in der interessierten Öffentlichkeit positive Resonanz hervorgerufen. Die "Adresse" Haus der Wirtschaft hat sich binne kurzer Zeit durchgesetzt. Im Kontakt nach außen sollte noch deutlicher gemacht werden, dass das Haus der Wirtschaft ein "Systemanbieter" für die Wirtschaft in der Uckermark ist. Hierfür sollten im ersten Quartal 2003 gemeinsame Diskussionen stattfinden und Weichen gestellt werden.

Die interne Zusammenarbeit der Dienstleister im Haus der Wirtschaft ist aufgrund der Fühlungskontakte sehr gut angelaufen. Die kurzen Wege erleichtern den Informationsfluss und die Erarbeitung von Problemlösungsansätzen. Dies hat sich auch in der projektorientierten Arbeit wie Lernende Uckermark oder Kooperationsoffensive als positiv erwiesen. In 2003 sollte stärker darauf hingearbeitet werden, analog zur Außenpräsentation eine gemeinsame Identität des Hauses zu erreichen."

Nochmals schöne, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch!

Martin Grundmann

Dr. Martin Grundmann
schiff-gmbh, Kaiserstr. 4, 24143 Kiel
Tel. 0431-775990, Fax 0431-7759911, Funk 0177-7759921
grundmann@schiff-gmbh.de, www.schiff-gmbh.de

15.01.03

Jahresrückblick IHK Frankfurt Oder – Haus der Wirtschaft - 2002

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsakteuren haben sich durch den Umzug in das Haus der Wirtschaft deutlich verbessert. Es gibt kurze und schnelle Abstimmungs- und Informationswege. Beratungsleistungen können konzentriert an einem Ort gewährt werden. Somit ist eine größere Bürgernähe erreicht.

Schwerpunkt unserer Tätigkeit bildete die Existenzgründungsberatung. Wöchentlich werden zwischen 8 und 12 Personen beraten. Zeitweilig mussten 2 Beratungstage realisiert werden.

Im Rahmen des Lotsendienstes (hier hatte eine bessere Abstimmung der Wifo in der Begrifflichkeit stattfinden können, um Verwechslungen mit dem Lotsendienst des Landes Brandenburg zu vermeiden) wurden mit 73 Personen Gespräche geführt, von denen sich 26 als förderfähig erwiesen. Von diesen wiederum haben im Jahr 2002 14 Personen ihr Gewerbe angemeldet.

Ein Hauptproblem – der ISDN-Anschluß, ist noch nicht geklärt. Es ist im Sinne der Rufumleitung bei Abwesenheit und somit unserer Erreichbarkeit dringend erforderlich. Allerdings als Einzellösung durch die IHK nicht finanzierbar.

Dr. Günther Gerloff

Haus der Wirtschaft
Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder)
Lotsendienst Uckermark
Grabowstraße 18
17291 Prenzlau

Von: "LASA I & B Templin" <lasa_templin@freenet.de>
An: "Birgit Weiser" <Wirtschaftsamt@uckermark.de>
Datum: 19.12.02 15.47 Uhr
Betreff: Info z.H. Herrn Dieter Tramp

Sehr geehrter Herr Tramp,

- Die LASA Informations- und Beratungsstelle für berufliche Weiterbildung Templin hält seit Anfang August 2002 regelmäßig montags von 9.00 bis 16.00 Uhr Sprechtag im HDW in Prenzlau ab.

- Beratungsschwerpunkt: Wirtschaftsnahe Qualifizierung

- Information und Beratung zu beruflicher Weiterbildung,
- zu berufsbegleitender Qualifizierung allgemein in regionalen Unternehmen, insbesondere in KMU und Kleinunternehmen,
- für Unternehmensführung und Angestellte bei betrieblichen Qualifizierungs- und Personalentwicklungsvorhaben,
- Recherche geeigneter Weiterbildungsangebote, bzw. Entwicklung passgenauer Qualifizierungen in Zusammenarbeit mit Bildungsanbietern,
- Informationen zu Fördermöglichkeiten des MASGF, schwerpunktmäßig bei Qualifizierungsvorhaben in der Wirtschaft.

Einschätzung:

- insgesamt positiv!, da höhere Akzeptanz von know-how und Beratungskompetenz der LASA Weiterbildungsberatungsstelle unter "Kunden" aus der Wirtschaft (KMU, Kooperationspartner...) erzielt werden konnte; die KMU-Beratungen haben sich durch unsere Vor-Ort-Termine im HDW gesteigert
- sehr positiver "Nebeneffekt": regelmäßige Kontakte zu den weiteren "Mietern" im HDW - Austausch von Informationen, höhere Transparenz, kurze Informationswege ... bessere, effizientere Zusammenarbeit hat sich entwickelt (Regeltermine "Orgatreffen"/Beratungen im HDW 1x monatlich sollten unbedingt beibehalten werden)

Deshalb auch unser Dank an die Initiatoren dieser Einrichtung und dafür, dass uns die Möglichkeit der Nutzung eingeräumt wurde!

Mit besten Wünschen für ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr

grüßt Sie und Ihre MitarbeiterInnen

Angelika Hauptmann
Leiterin
LASA Brandenburg GmbH
Informations- und Beratungsstelle
für berufliche Weiterbildung
Waldstraße 31
17268 Templin

Telefon: 03987 53591
Fax: 03987 53593